

Bericht
des Haushaltsausschusses
(13. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung
über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines
Gesetzes über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse
— Drucksachen V/4231, V/4444 —

Bericht des Abgeordneten Brese

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung vom 25. Juni 1969 den Gesetzentwurf — Drucksache V/4231 — in der Fassung des Schriftlichen Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Drucksache V/4444 — als Finanzvorlage gemäß § 96 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages behandelt.

Für die Dauer der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes bis 1972 soll der jährliche Zuschuß des Bundes nach der Vorstellung der Bundesregierung auf 5 000 000 DM begrenzt bleiben.

Der Haushaltsausschuß hat festgestellt, daß im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung Bundesmittel bis zu der genannten Höhe berücksichtigt sind.

Ab 1970 wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes nach dem Entwurf des Finanzreformgesetzes der Bund zusätzlich zu den Aufwendungen der Länder Beiträge leisten.

Die Vorlage ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Bonn, den 25. Juni 1969

Der Haushaltsausschuß

Schoettle
Vorsitzender

Brese
Berichterstatter